

**Für eine friedvolle,
sozialverträgliche
und klimafreundliche
Energieversorgung
in Europa**

Stellungnahme zum EU-Grünbuch Energie

Inhalt

Zusammenfassung der Stellungnahme	3
Forderungen an die EU-Kommission	4
Die Situation	5
Die Rolle Europas	6
Wettbewerbsfähigkeit und Energiebinnenmarkt	8
Diversifizierung des Energieträgermix	9
Solidarität	9
Nachhaltige Entwicklung	10
Innovation und Technologie	11
Außenpolitik	13

Für eine friedvolle, sozialverträgliche und klimafreundliche Energieversorgung in Europa

Zusammenfassung der Stellungnahme

Das vorgelegte Grünbuch „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“ der EU-Kommission vom 8. März 2006 ist nicht geeignet, die anstehenden Probleme der europäischen Energiepolitik zu lösen. Die Kommission stellt die Situation vorrangig als Wettbewerbs- und Investitionsproblem dar. Auf Rohstoff bedingte Konflikte und Kriege, die Endlichkeit von Öl, Gas und Uran, die kartellartige Strukturen des Energiemarktes und den bedrohlichen Klimawandel wird kaum eingegangen.

Dementsprechend stehen neoliberale Lösungsansätze im Vordergrund. Die Kommission schlägt zwar eine Verbesserung der Energienetz-Struktur zwischen den Mitgliedsstaaten vor. Gleichwohl setzt sie den Investitionsschwerpunkt massiv auf die Verbesserung der Produktions- und Exportkapazitäten fossiler Energien in den Erzeuger- und Transitländern.

Die Situation in der europäischen Energiepolitik ist geprägt von weltweit knappen fossilen Energien bei hoher Importabhängigkeit von wenigen Förderländern. Die überhöhten Energiepreise haben negativen volkswirtschaftlichen und sozialen Folgen für Europa. Die Nutzung der Atomenergie birgt unbeherrschbare technische und völkerrechtliche Risiken. Die massenhafte Verbrennung von Kohle ist Hauptursache für den bedrohlichen Klimawandel. Aufgrund der fatalen Importabhängigkeit von fossilen Energieträgern kann Europa möglicherweise nicht konsequent die Einhaltung von Menschenrechten und Demokratie in Konfliktländern einfordern.

Während in der klassischen Energiewirtschaft die Beschäftigung deutlich zurückgeht, entstehen in der Branche der erneuerbaren Energien hunderttausende neue Arbeitsplätze. Durch einen intelligenteren Umgang mit Energie kann der Verbrauch halbiert und so das Potential der erneuerbaren Energien zur weitgehenden Deckung der Energieversorgung genutzt werden. Das schafft die Grundlage für eine friedvolle, sozialverträgliche und klimafreundliche Energieversorgung in Europa.

DIE LINKE im Bundestag fordert:

- ◀ Bildungs-, Forschungs- und Technologie-Investitionen müssen vorrangig für eine intelligente und effiziente Energienutzung und erneuerbare Energien eingesetzt werden.
- ◀ „Intelligentes Energiewissen“ muss mit Schwellen- und Entwicklungsländern geteilt werden, um deren Volkswirtschaften zu stärken und Konfliktrisiken zu senken (Um Solarenergie werden keine Kriege geführt).
- ◀ EU-Förderprogramme, wie das 7. Rahmenforschungsprogramm, müssen auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien ausgerichtet werden. Auf die Finanzierung von Scheinalternativen, wie Kernfusion, „Clean-Coal“ und Atomenergie ist zu verzichten.
- ◀ Europa muss die zukünftige Energiepolitik über wirksame Instrumente, wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), und eine zielgenaue Förderung gestalten, um Arbeit zu schaffen und weltweit führend in Zukunftstechnologien zu bleiben.
- ◀ Die Abhängigkeit von Energieimporten darf nicht das Entstehen für Demokratie und Menschenrechte in Förder- oder Durchleitungsländern relativieren.
- ◀ Die EU muss Maßnahmen ergreifen, um den Importanteil fossiler Energieträger und den Energieverbrauch konsequent zu senken.
- ◀ Ein Maßstab für eine zukunftsfähige Energiepolitik muss die konsequente Senkung der Klimagas-Emissionen sein. Dazu muss der Emissionshandel wirkungsvoll ausgestaltet werden.
- ◀ Der Betrieb der Energienetze muss von der Energieerzeugung getrennt werden. Die Netzverbindungen zwischen den Mitgliedsstaaten müssen ausgebaut werden.
- ◀ Der Einfluss der Verbraucherinnen und Verbraucher auf die Energiepreisgestaltung muss verbessert werden (Wettbewerb um Verbraucherfreundlichkeit).
- ◀ Eine europaweit wirksame Regulierung der Energiewirtschaft, um eine sichere, bezahlbare, verbraucherfreundliche, umweltverträgliche und effiziente Energieversorgung sicherzustellen.

Für eine friedvolle, sozialverträgliche und klimafreundliche Energieversorgung in Europa

Stellungnahme zum EU-Grünbuch Energie der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Das vorgelegte Grünbuch „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“ der EU-Kommission vom 8. März 2006 ist in keiner Weise geeignet, die bevorstehenden Herausforderungen in der europäischen Energiepolitik zu lösen. Die EU-Kommission erkennt offenbar nicht an, dass die bisherige Energieversorgung, basierend auf fossilen und atomaren Energieträgern, keine Basis für eine zukunftsfähige Entwicklung bietet.

Die Kommission versäumt es, auf die grundlegenden Probleme im Energiebereich hinzuweisen. Auf die kartellartigen Strukturen in der europäischen Energiewirtschaft, die Endlichkeit der fossilen und atomaren Energieträger, die damit verbundenen internationalen Krisen, Konflikte und Kriege sowie die daraus resultierenden Auswirkungen auf Menschenrechte und Demokratie wird nur unzureichend eingegangen. Vielmehr wird die Situation als Wettbewerbs- und Investitionsproblem dargestellt. Es ist daher notwendig, die Kommission auf grundlegende Fehler in ihrem Vorgehen hinzuweisen, und die Regierungen der Mitgliedsstaaten und das Europäische Parlament aufzufordern, Maßnahmen für eine zukunftsfähige Energiepolitik zu ergreifen.

Die Situation

Zweifelsohne steht die europäische Energiepolitik vor einem Wendepunkt. Ressourcenknappheit und Klimawandel zwingen uns, den Umgang mit Energie völlig neu zu überdenken. Die bisher massenhafte und ineffiziente Nutzung fossiler und nuklearer Energieträger hat in eine Sackgasse geführt.

Der Ölpreis erreicht immer neue Rekordmarken. Der Gaspreis, der an den Ölpreis gekoppelt ist, steigt ebenfalls rasant. Die scheinbare Alternative Atomenergie steht vor unlösbaren Problemen bei Betrieb, Transport und Endlagerung. Zudem hätte ein weltweiter Ausbau von Atommeilern zur Folge, dass die bezahlbaren Uranvorräte innerhalb weniger Jahrzehnte zu Ende gehen würden. Auf dem Atompfad bliebe dann nur noch der Weg in die völkerrechtlich bedenkliche Plutoniumwirtschaft mit den Gefahren durch militärischen Missbrauch.

Auch Kohle ist kein zukunftsfähiger Energieträger. Neben den negativen volkswirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen, ist die Kohleverbrennung Hauptgrund für den bedrohlichen Klimawandel. Die Verfeuerung von Kohle ist um ein vielfaches klimaschädlicher als die Nutzung jedes anderen Energieträgers. Das Verheizen von Braun- und Steinkohle beeinflusst die Erdatmosphäre bereits spürbar. Nur mit einem enormen finanziellen und technischen Aufwand wird es den Staaten zukünftig gelingen, die Folgen von Überschwemmungen, Dürren, Trinkwassermangel und Wetterextreme im Zaum zu halten. Ein Ausbau der Kohlewirtschaft würde bedeuten, den Klimawandel noch weiter anzuheizen und die Lebensgrundlagen der Menschen bewusst aufs Spiel zu setzen.

Die Folgen einer Energiepolitik, die auf die knappen fossilen Ressourcen (einschließlich Uran) setzt, sind weltweit zu besichtigen: Umweltkatastrophen, politische Krisen, kriegerische Auseinandersetzungen, Konzerne erpressen Staaten. Spekulanten bereichern sich am Ölmarkt. An den internationalen Börsenplätzen teilen Energiekartelle die knappen Öl- und Gasfelder unter sich auf. Der „Kampf ums Öl“ hat bereits begonnen. Die rasant steigenden Energiepreise gefährden die von Öl, Gas, Kohle und Uran abhängige europäische Energieversorgung bereits jetzt. Die Last trifft vor allem die Privathaushalte und die klein- und mittelständische Unternehmen.

Die zukünftige Energieversorgung muss daher auf die Senkung des Verbrauchs setzen, indem Strom, Wärme und Kraftstoffe sparsamer und intelligenter genutzt wird. Bei Halbierung des Energieverbrauchs, können die Potentiale der erneuerbaren Energien, also Wind, Wasser, Sonne, Biomasse und Erdwärme, den Energiebedarf nahezu vollständig decken. Dadurch würde eine klimafreundliche, bezahlbare, sichere und friedvolle Versorgung mit Energie gewährleistet.

Die Rolle Europas

Die EU muss mit einer Neuausrichtung der Energiepolitik in die Zukunft investieren. Sie muss dabei die Investitionen für Bildung, Forschung und Technologieentwicklung in die richtige Richtung lenken. Statt in fossile Infrastruktur in anderen Ländern und auf Scheinalternativen, wie Atomkraft, Clean-Coal oder Kernfusion zu setzen, müssen geistige Ressourcen und finanzielle Mittel konsequent auf Energieeffizienz, Einsparung von Energie und den Ausbau erneuerbare Energien ausgerichtet werden. Ein Hauptaugenmerk muss auf die Entwicklung der zukünftigen Energienachfrage gerichtet sein. Maßnahmen müssen darauf ab-

zielen, den Verbrauch bei steigender Effizienz zu senken. Bevor vorhandene, alternde Energie-Infrastruktur erneuert wird, muss diese auf Zukunftsfähigkeit überprüft werden.

Das Maß der Importabhängigkeit hat Bedeutung für die Stabilität der europäischen Energieversorgung. Die Gefahr der Instabilität wächst in dem Maße, in dem sich Europa von Energieimporten abhängig macht. Es kann aber nicht nur darum gehen, die heimische Energieerzeugung „wettbewerbsfähig“ zu machen. Vielmehr müssen sich die tatsächlichen Kosten durch Internalisierung externer Effekte im Preis widerspiegeln. Das betrifft die volkswirtschaftlichen und ökologischen Schäden durch Braunkohle ebenso, wie Versicherungs- und Ewigkeitskosten der Atomwirtschaft.

Die Abhängigkeit von einzelnen Energie-Importländern darf nicht das Entstehen für die demokratischen Grundprinzipien der Zivilgesellschaft in anderen Ländern relativieren. Die EU muss in der Lage sein, Werte wie Diskriminierungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit auch gegenüber Lieferländern wirksam einzufordern. Das wird umso schwieriger, auf je weniger Länder sich die von Europa importierten Rohstoffe beschränken. Aufgrund der Knappheit und Begrenztheit der fossilen Energieträger machen Investitionen in eine Diversifizierung nur Sinn, wenn als Folge der Importbedarf auf Dauer sinkt.

Prognosen, die eine Steigerung der weltweiten Energienachfrage und des CO₂-Ausstoßes um 60 Prozent beschreiben, zeigen das eklatante Versagen der bisherigen Energiepolitik an. Europa, das maßgeblich weltweit Energietechnologien verbreitet, hat die Verantwortung und die Chance, diesen Trend zu stoppen und umzukehren. Das ist notwendig, um den bedrohlichen Klimawandel im Zaum zu halten. Die massiven Preisanstiege bei fossilen Energieträgern belasten darüber hinaus die Volkswirtschaft und tragen wesentlich zur Teuerung bei. Wird die Energiepreisentwicklung – wie zur Zeit – ausschließlich von Rohstoffknappheit und oligopoler Marktstruktur diktiert, gehen der Volkswirtschaft die nötigen Mittel verloren, um den notwendigen Umbau der Energieversorgung in Europa zu betreiben.

Der bedrohliche Klimawandel ist ein wichtiger Maßstab für die zukünftige Energiepolitik in Europa. Es muss gelingen, den CO₂-Ausstoß in Europa bis 2050 um mindestens 80 Prozent zu reduzieren. Darüber bleibende Emissionen gefährden die Stabilität der Volkswirtschaften, da die Klimaveränderungen dann mehr finanziellen Aufwand erfordern, als es das notwendige Senkungsziel bedarf.

Ein vollständig von Wettbewerb geprägter Energiebinnenmarkt kann nicht einziges Ziel der Energiepolitik Europas sein, wie es das Grünbuch suggeriert. Zum einen stellt die Infrastruk-

tur für die netzgebundene Energie ein natürliches Monopol dar und kann – wie sich aktuell in zahlreichen EU-Ländern zeigt – nur abgetrennt vom Wettbewerb, also neutralisiert, effektiv funktionieren. Zum anderen steht der Wettbewerb oft im Interessenskonflikt mit dem vorrangigen Allgemeinwohlziel der Energieversorgung. Missbrauch zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher ist auf dem europäischen Energiemarkt täglich belegbar. Einzelstaatliche abgeschottete und oligopole Energiemärkte behindern die Entwicklung. Ein wirksamer Rechts- und Regulierungsrahmen ist daher zu begrüßen.

Wettbewerbsfähigkeit und Energiebinnenmarkt

Es ist sinnvoll den Energiebinnenmarkt besser abzustimmen und gemeinsam in eine zukunftsfähige Richtung zu entwickeln. Das grundlegende Interesse der möglichst sicheren, bezahlbaren, umweltverträglichen, verbraucherfreundlichen und effizienten Versorgung der Allgemeinheit mit Energie steht dabei in Vordergrund. Ausschließlich über den Wettbewerb sind diese Ziele nicht zu erreichen. Privatwirtschaftliche Interessen stehen dem entgegen, wo sich keine fairen Marktbedingungen entwickeln können.

Die Netze für Strom und Gas müssen ohnehin als natürliches Monopol betrachtet werden und können am effizientesten betrieben werden, wenn Profitinteressen ausgeschlossen werden. Aus diesem Grund ist das Netz in einzelnen Mitgliedsstaaten in öffentlicher Hand oder mittels einer Netzgesellschaft neutralisiert.

Basiert die Energieversorgung auf fossile und atomare Energieträger, führt dies zwangsläufig in eine oligopole, von wenigen Energiekonzernen dominierte, Energiewirtschaft. Grundlast-Kraftwerksparks und die dafür nötige Infrastruktur kann nur durch derartige Strukturen betrieben werden, was die Abwesenheit von Wettbewerb bedeutet.

Beispielhaft zeigt der Gasmarkt, dass eine fossile Energiewirtschaft nur begrenzt funktioniert. Die europäischen Gaslieferanten sind von teurer Infrastruktur und nur wenigen Lieferländern abhängig. Die Folge sind wenige, stark verflochtene kartellartige Konzerne. In der Konsequenz steigen die Energiepreise, die Abhängigkeit von Energieimporten nimmt zu, in der Versorgungssicherheit und in der Außenpolitik entstehen Instabilitäten und die CO₂-Emissionen steigen weiter an.

Die Entscheidungen in der zukünftigen Energieversorgung betreffen vor allem die Millionen Privathaushalte in Europa. Sie können dabei nur wenig Einfluss nehmen, was ein erhebliches Defizit darstellt. Tatsache ist, dass die Industrie, die oft ineffizient mit Energie umgeht,

auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher strukturell und steuerlich über alle Maße besser gestellt. Die Energieversorgung muss daher vor allem auch sozial gerechte ausgestaltet werden. Dazu sollten Verbraucherbeiräte mit festem Rechtsrahmen geschaffen werden, welche die Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber den Energiekonzernen und den Regulierungsbehörden vertreten. Letztere sollten Berichtspflicht gegenüber dem Beirat haben. In Großbritannien arbeiten solche „Consumer Watchdogs“ erfolgreich.

Wettbewerb um Verbraucherfreundlichkeit und ein stabiler Energiebinnenmarkt lassen sich nur durch Energieeffizienz, Diversifizierung auf Basis erneuerbarer Energien und europaweit offene, aber dezentral orientierte Netze erreichen. Eine Regulierung der Netze reicht nicht aus. Wirksam sind vor allem ordnungsrechtliche Instrumente in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten, wie Offenlegungspflicht der Energiedaten, Genehmigung der einzelnen Energietarife, Verbraucherbeiräte und Nachhaltigkeitslabel für Energieprodukte.

Diversifizierung des Energieträgermix

Der beste Garant für fairen Wettbewerb, bezahlbare Preise und eine sichere Versorgung ist die Diversifizierung auf der Basis erneuerbarer Energien. Bereits heute sind in Europa Energieeffizienz und erneuerbare Energien der einzige Garant für sinkende Energiepreise.

Während in der klassischen Energiewirtschaft die Beschäftigung deutlich zurückgeht, entstehen in der Branche der erneuerbaren Energien hunderttausende neue Arbeitsplätze. Innovation in den beiden Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien wirken positiv aufeinander: Durch einen intelligenteren Umgang mit Energie kann der Verbrauch halbiert und so das Potential der erneuerbaren Energien zur weitgehenden Deckung der Energieversorgung genutzt werden.

Solidarität

Versorgungskrisen kommen von innen (EU) und von außen (Importländer). Die Hitzesommer 2003 und 2006, deren Ereignishäufigkeit durch den Klimawandel zunimmt, zeigen ebenso wie die Erdgaskrise des vergangenen Winters, die sich jederzeit wiederholen kann, die begrenzte Funktionalität des gesamteuropäischen Energiemarktes.

Ein Ausbau der Kuppelstellen zwischen den Gemeinschaftsstaaten ist daher nach technischer Funktionalität (und nicht nach Prozentzahl) dringend geboten. Insbesondere der europaweite Austausch erneuerbarer Energiemengen und der Aufbau so genannter virtueller

Kraftwerksverbände auf der Basis erneuerbarer Energien kann die Stabilität des Systems deutlich erhöhen. Energieeffizienz (auch durch Energieeinsparung) kappt die enormen Grundlastmengen und nimmt teure und schwer zu steuernde Spitzenlasten aus dem Netz. Gerade erneuerbare Energien sind dann in der Lage Spitzenlasten abzudecken (Solarenergie, Biomasse) und Grundlast zu liefern (Wasserkraft, Windenergie).

Die Notwendigkeit durch Energieeffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energien die Stabilität zu erhöhen steht außer Frage. Aktuelle volkswirtschaftliche Studien belegen, dass der Ausbau Erneuerbarer Energien die Nachfrage nach Erdgas und damit auch die Preise senken. Zehn Prozent Stromerzeugung zusätzlich aus Erneuerbaren Energien könnten den Gaspreis ab Förderstelle um zehn Prozent reduzieren. Dabei wirken sich zwei Effekte aus: Kurzfristig ist vor allem von Bedeutung, dass ein Energieträger mit variablen Preisen durch Energiequellen mit stabilen Preisen ersetzt würde. Längerfristig senkt die geringere Nachfrage nach Erdgas die Preise auf der Angebotsseite.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Entwicklung dezentraler Netzverbände sind zudem ein wirksamer Schutz vor physischen Einwirkungen auf die Energieinfrastruktur. Die Folgen von technischen Fehlern an Energieanlagen und von Naturkatastrophen werden durch Diversifizierung und Dezentralisierung deutlich gesenkt, aber auch terroristischen Handlungen wird dadurch die Kraft genommen, da sich keine eindeutigen und wirksamen Ziele bieten.

Nachhaltige Entwicklung

Dem Klimaschutzziel, den CO₂-Ausstoß bis 2050 gegenüber 1990 um mindestens 80 Prozent zu senken, kann nur Rechnung getragen werden, wenn die zukünftige Energiepolitik in den Mitgliedsstaaten die Energieeffizienz und den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien in den Vordergrund stellt. Eine fossil-atomar basierte Energieversorgung kann dies nicht leisten

Die Entwicklung in Deutschland zeigt, dass dadurch Wettbewerb, Beschäftigung und Klimaschutz gleichermaßen entwickelt werden können. In der klassischen Energiewirtschaft, bestehend aus einem Oligopol von vier großen Konzernen, gehen in den nächsten 14 Jahren mindestens 50.000 Arbeitsplätze verloren, obwohl die Branche Investitionen von 30 Milliarden Euro angekündigt hat. In der Branche der erneuerbaren Energien sind bisher 170.000 Arbeitsplätze in Deutschland entstanden. Bis 2020 will die Branche 500.000 Menschen beschäftigen, vorausgesetzt der Anteil an der Energieerzeugung aus Wasser, Wind, Sonne,

Biomasse und Erdwärme wird dann 20 Prozent erreichen. Eine aktuelle Studie belegt, dass dieses Ziel erreicht werden kann.

Die herkömmliche Energiewirtschaft in Deutschland wird bis 2020 einem weiteren Anstieg der CO₂-Emissionen verursachen, wenn sie bis dahin keine wirtschaftlich tragbare und zu verantwortende Technologie zur Reduktion der Treibhausgase einsetzt. Die neue Schlüsselindustrie der erneuerbaren Energien kann hingegen bereits 2020 den nationalen Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid um 270 Millionen Tonnen im Jahr reduzieren und Deutschland jedes Jahr Öl-, Gas- und Kohleimporte im Wert von 20 Milliarden Euro ersparen. Die Branche hat erklärt, 200 Milliarden Euro zu investieren, um das Ziel zu erreichen. Eine Politik, die diese Entwicklung nicht wirksam aufgreift, handelt verantwortungslos. Ziel muss es in erster Linie sein, die Entwicklung nicht zu blockieren und einen investitionsfördernden Rahmen zu schaffen. Dazu gehört auch der diskriminierungsfreie Zugang zur Netzinfrastruktur sowie dessen Umbau zugunsten der erneuerbaren Energien.

Notwendig ist es aber auch, den Emissionshandel auf europäischer Ebene wirkungsvoll auszugestalten. Die bisherigen Vorgaben sind bisher unzureichend. Dies führte dazu, dass in nahezu allen Ländern die festgelegten Emissionsobergrenzen („cap“) für den Emissionshandelssektor verglichen mit den gesamtstaatlichen Minderungspflichten unter dem Kyoto-Protokoll zu hoch angesetzt sind. Es wurden also zu viele Verschmutzungsrechte ausge-reicht. Daneben ermöglichte der Emissionshandel durch die nur sehr eingeschränkt mögliche Auktionierung der Zertifikate Mitnahmegewinne in Milliardenhöhe für die Energieversorger. Ab der dritten Handelsperiode in 2013 muss daher auf EU-Ebene die vollständige Versteigerung der Zertifikate ermöglicht werden, um so die leistungslosen Extra-Profite („windfall profits“) der Energiekonzerne abschöpfen zu können. Die Einnahmen stehen der öffentlichen Hand zu und können für den Umbau des Energiesystems in Richtung Energieeffizienz und erneuerbare Energien eingesetzt werden. Die im Grünbuch vorgeschlagene Erweiterung des geographischen Geltungsbereichs des EU-Emissionshandelssystems ist daher nur bei einer wesentlich anderen Ausgestaltung sinnvoll.

Innovation und Technologie

Auf Gemeinschaftsebene müssen die Förderprogramme auf die zukünftigen Aufgaben in der Energiepolitik ausgerichtet werden. Fehlentscheidungen sind rückgängig zu machen. Das 7. Rahmenforschungsprogramm zeigt deutlich, dass die notwendigen Schritte für eine zukunftsfähige Energieversorgung noch nicht eingeleitet wurden. Die verantwortlichen EU-Institutionen unterstützen dabei teilweise wirkungslose Vorhaben.

So entpuppt sich die im Grünbuch als Teil der Lösung beschriebene „Clean-Coal-Technologie“ als gefährliche Mogelpackung der Energiekonzerne. Die CO₂-Problematik soll buchstäblich unter den Teppich gekehrt werden. Die Technologie wird großtechnisch frühestens 2020 zur Verfügung stehen. Der wirtschaftliche Einsatz ist auch dann äußerst zweifelhaft. Einziger Zweck des Vorhabens ist es, den Bau neuer klimaschädlicher Kohlekraftwerke zu rechtfertigen. Ein Nachrüsten bei den jetzt geplanten Kohleblöcken ist aber technisch kaum möglich.

Das Abscheiden des Klimagases in den Kraftwerken und das Einlagern in tiefe Erdschichten sind sehr energieaufwändig. Bei Verwirklichung des Prozesses im großtechnischen Stil würde der Bedarf an Kohle als Brennstoff in den Kraftwerken um ein Viertel steigen. Der Wirkungsgrad der Kraftwerke fiel auf den Stand der fünfziger Jahre zurück. Das wiederum ließe die Stromkosten für die Endverbraucher um 40 bis 100 Prozent steigen. Das Abtrennen von einer Tonne CO₂ wäre teurer, als die gegenwärtigen Zertifikatspreise auf dem Emissionshandelsmarkt.

Ein weitaus größeres Problem ist aber die sichere und dauerhafte Einlagerung des Klimagases. Wie in der Atomtechnik müsste es für tausende von Jahren in nationaler Verantwortung an sichere Orte verfrachtet werden. Dafür gibt es in Europa nur begrenzte Lagermöglichkeiten. Zusammen genommen wären die Lagerstätten aber in wenigen Jahrzehnten gefüllt. Es bleibt dann immer noch offen, wie lange das CO₂ in der Erde sicher eingeschlossen bleibt. Treten die riesigen Gasmengen durch geologische Aktivitäten technische Störfälle oder terroristisch motivierte Angriffe an die Oberfläche, können sie nicht nur die globale Erwärmung antreiben. Da CO₂ schwerer ist als Luft, sammelt es sich zunächst an der Oberfläche und kann Tiere und Menschen ersticken.

Die Wasserstofftechnologie tritt auf der Stelle. Ein umfassender Durchbruch von nicht fossilem Wasserstoff als Massen-Energieträger zu marktwirtschaftlichen Bedingungen ist nicht vor 2050 zu erwarten. Gleiches gilt für die ITER-Technologie, die nur als Irrweg bezeichnet werden kann. Ob die Kernfusion jemals zur Anwendung kommt, ist bisher nicht abzuschätzen. In jedem Falle nicht vor 2050. Dann jedoch müssen die wesentlichen Aufgaben und Herausforderungen im Klimaschutz gelöst sein. Das ITER-Projekt bindet dringend benötigte Mittel in Milliardenhöhe, um Maßnahmen im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien voran zu treiben.

Ein großer Fehler ist die Entscheidung, dem Generation-IV-Forum beizutreten. Hier werden nicht nur Wissen und Fördermittel in eine gefährliche Technologie gesteckt. Die Atomener-

gie, gleich mit welcher Technik umgesetzt, kann in keiner Weise zur Versorgungssicherheit und zu bezahlbarer Energie beitragen. Die wirtschaftlich abbaubaren Uran-Ressourcen sind bei einem Ausbau der Atomenergie in wenigen Jahrzehnten erschöpft. Der Einstieg in die Plutoniumwirtschaft ist völkerrechtlich nicht zu verantworten. Die zuständigen EU-Institutionen müssen zur Kenntnis nehmen, dass eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Europa die Nutzung der Atomenergie ablehnen.

Bereits die bisher angefallenen Mengen an Atommüll stellen, wie der Betrieb der Anlagen, ein enormes Risiko für die Gesundheit der Menschen dar. Die Endlagerproblematik ist kaum lösbar und wird für Jahrtausende hohe Kosten verursachen. Besonders unverantwortlich wäre ein internationales Atommüllendlager in Sibirien, da die Risiken durch weltweite Transporte und politische Unsicherheiten sehr hoch sind. Atomanlagen, gleich welcher Technologieklasse bieten ein prioritäres Ziel für Terrorgruppen und gefährden die Stabilität der Energieinfrastruktur. Der Fall Iran zeigt, dass die Technologie internationale Krisen auslösen kann, mit spürbaren Folgen für die europäische Volkswirtschaft. Der konsequente Ausstieg aus der Atomenergienutzung ist der einzig gangbare Weg für ein zukunftsfähiges Europa.

Das bisher wirksamste Klimaschutzinstrument für die EU-Mitgliedsstaaten ist das in Deutschland entwickelte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Aktuelle Untersuchungen belegen, dass dieses System deutlich effektiver ist, als beispielsweise das Quotenmodell. Das EEG macht sich in Deutschland mit nur 0,5 Cent am Strompreis bemerkbar, bei sinkender Tendenz. Das System gewährt Investitionssicherheit und zwingt durch die degressive Auslegung zu Innovationen. Nur indem Europa den Ausbau der erneuerbaren Energien über wirksame Instrumente, wie das EEG, und zielgenaue Förderung unter Ausschluss von Irrwegen vorantreibt, wird die EU auch weltweit führend in Zukunftstechnologien bleiben.

Außenpolitik

Das EU-Papier „An External Policy to Serve Europe’s Energy Interests“ belegt, dass in Teilen der europäischen Gemeinschaft, die außenpolitische Situation völlig falsch eingeschätzt wird. Die EU-Kommission ist daher aufgefordert, deutlich zu machen, dass hier nicht vorrangig ein Wettbewerbsproblem besteht. Gefahren für Europa gehen davon aus, dass aufgrund rasant knapper werdender Rohstoffe internationale Krisen und kriegerische Auseinandersetzungen zunehmen. Aufgrund der fatalen Importabhängigkeit von fossilen Energieträgern kann Europa dabei möglicherweise nicht konsequent die Einhaltung von Menschenrechten und demokratischen Grundwerten in Konfliktländern einfordern. Der G8-Gipfel in St. Petersburg im Sommer 2006 hat deutlich gemacht, dass offenbar aufgrund von Energieinteressen die EU-Staaten gegenüber Russland nicht deutlich genug die Einschränkung von Versamm-

lungs- und Pressefreiheit anmahnen konnten. Demokratie und Menschenrechte müssen die Grundlage von Energiepartnerschaften mit Drittländern bilden.

Eine Diversifizierung der Energierohstoffimporte ist daher aus außen- und sicherheitspolitischen Erwägungen anzustreben. Das kann aber nur erfolgreich sein, wenn gleichzeitig Maßnahmen ergriffen werden, um den Importanteil und den Energieverbrauch fossiler Energieträger konsequent zu senken. Es ist aber unverantwortlich, den Investitionsschwerpunkt auf die Verbesserung der Produktions- und Exportkapazitäten fossiler Energien in den Erzeuger und Transitländern zu legen. Die beschleunigte Ausbeute der knappen Rohstoffe in einem Wettbewerb mit anderen energieintensiven Staaten, wie USA, Indien und China, schürt vielmehr die internationalen Konflikte in den Krisenregionen. In dem Maße, in dem die Nachfrage für fossile Energierohstoffe zurückgeht, entspannen sich auch Konflikte.

Die europäische Außenpolitik muss darauf fokussieren, in Drittländern personelle, wirtschaftliche und technologische Kapazitäten aufzubauen, um auch dort Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu fördern. Geplante Projekte, wie solarthermische Großkraftwerke in Nordafrika, sind dafür ein vorbildliche Beispiel. Internationale Partnerschaften können dabei sowohl in der Know-how-Vermittlung als auch bei Technologie-Entwicklung und Produktion sowie bei der Bereitstellung und Lieferung von erneuerbaren Energien entstehen.

Europas Vorreiterrolle bei einer nachhaltigen Energiepolitik und im Klimaschutz können beispielgebend sein für eine friedvolle internationale Zusammenarbeit.

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Weitere Informationen

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Hans-Kurt Hill, MdB

Energiepolitischer Sprecher

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon 030-227 72477

Telefax 030-227 76476

hans-kurt.hill@bundestag.de

www.linksfraktion.de/energie